MARKENFÜHRUNG

Farbenstreit: Gesunder Menschenverstand siegt

Wenn das kein guter Start in die zwanziger Jahre des 21. Jahrhunderts ist: Endlich haben die Sparkassen und der Santander-Konzern ihren Farbenstreit beigelegt, der beide schon so lange beschäftigt hat. Es bleibt also dabei: Der Rotton HKS 13, der seit 2007 beim Deutschen Patent- und Markenamt für die Sparkassen-Finanzgruppe eingetragen ist, bleibt unangefochten. Dennoch kann auch der Santander-Konzern seinen internationalen Markenauftritt in Deutschland beibehalten.

Der Rechtsstreit darüber, ob das Sparkassen-Rot zu Recht als Markenfarbe geschützt ist, hat alle gerichtlichen Instanzen durchlaufen. Der Europäische Gerichtshof, das Bundespatentgericht und der Bundesgerichtshof haben dazu Entscheidungen getroffen. Doch auch nachdem zuletzt der BGH im Juli 2016 den Bestand der Sparkassen-Farbmarke höchstrichterlich bestätigt hatte, gab es keine Ruhe an der Farbenfront. So war zum Zeitpunkt des Urteilsspruchs beim OLG Hamburg noch ein Verfahren anhängig, bei dem es um die Verwendung der Farbe Rot durch Santander bei der Formel-1-Veranstaltung „Großer Preis Santander von Deutschland" und im Internetauftritt der Bank ging. Mit der Einigung der beiden Seiten ist die Causa HKS 13 aber nun endgültig abgeschlossen.

Dass beide Seiten über so viele Jahre so viel Energie in einen Rechtsstreit darüber investiert haben, ob wirklich kein anderes Kreditinstitut in Deutschland in Rot am Markt auftreten darf, ist für Außenstehende nur begrenzt verständlich. Zum einen ging es um die durchaus nachvollziehbare Frage, ob in einem zusammenwachsenden Europa, das an der Vollendung des europäischen Binnenmarktes arbeitet, nationale Bankmarken einen grenzüberschreitenden Auftritt anderer europäischer Anbieter behindern dürfen. Bei der Diskussion um eine mögliche Verwechslungsgefahr, ging es im Kern jedoch ebenso um die Frage, für wie dumm Bankkunden in Deutschland zu halten sind.

Keine Frage: Fast jeder Bankkunde in Deutschland assoziiert die Sparkassen mit der Farbe Rot – erst recht, seitdem auch diejenigen Institute, die früher noch in anderen Farben am Markt auftraten – wie beispielsweise die Frankfurter Sparkasse oder die Nassauische Sparkasse – auf das einheitliche Design der Gruppe umgeschwenkt haben. Ob das aber den Umkehrschluss zulässt, dass jede Bank, deren Außenauftritt die Farbe Rot beinhaltet, automatisch für eine Sparkasse gehalten wird, ist nicht wirklich empirisch untersucht worden. Es spricht jedoch einiges dafür, dass ein Großteil der Kunden durchaus in der Lage ist, die rote Flamme des Santander-Konzerns vom typischen gedrungenen S der Sparkassen zu unterscheiden und beide Anbieter auseinanderzuhalten, obwohl beide Namen mit S beginnen und in der Werbung auf beiden Seiten Rot zu finden ist.

Die jetzt erfolgte Einigung mit weniger roten Flächen bei Santander spricht also für gesunden Menschenverstand. Und auch mit Blick auf Europa ist sie eine gute Nachricht. Denn in Zeiten, in denen die Politik nach europäischen Champions ruft und in denen sich Kreditinstitute aller Farben und Größenordnungen mit der wachsenden Konkurrenz seitens der Bigtechs auseinandersetzen müssen, scheint es wenig zielführend, weiterhin Ressourcen in einen schon so lange währenden Farbenstreit zu investieren, die an anderer Stelle besser eingesetzt werden können. Red.

DIE ZAHL

45,3 Millionen Menschen waren im vergangenen Jahr in Deutschland erwerbstätig. Nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2019 um 402 000 Personen oder 0,9 Prozent höher als im Vorjahr. Damit setzte sich der nun seit 14 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit weiter fort, allerdings mit abgeschwächter Dynamik. Eine gesteigerte Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung sowie die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte überwogen die Effekte des demografischen Wandels, sodass im Jahr 2019 die höchste Erwerbstätigenzahl seit der Wiedervereinigung im Jahr 1991 erreicht wurde. Trüb sieht es dagegen bei den Banken und Sparkassen aus: Hier sinkt die Zahl der Beschäftigten seit Jahren konstant: Waren 2008 noch rund 658 000 Menschen in der deutschen Kreditwirtschaft beschäftigt, ist diese Zahl bis Ende 2018 um 100 000 Arbeitnehmer gesunken. Tendenz weiter abnehmend, allein den bekannten Ankündigungen zufolge stehen schätzungsweise noch einmal mindestens 50 000 Jobs auf der Kippe. Red.

VORFÄLLIGKEITSENTSCHÄDIGUNG

Kein Ersatz für entgangenen Gewinn?

Vorfälligkeitsentschädigungen bei vorzeitiger Kreditrückzahlung sind Verbraucherschützern seit langem ein Dorn im Auge. Dass der deutsche Gesetzgeber sich bei der Umsetzung der europäischen Wohnimmobilienkreditrichtlinie in nationales Recht dafür entschied, das bisherige System weitgehend beizubehalten, wurde von ihnen aus diesem Grund anhaltend kritisiert.

Die Bundesministerien der Finanzen sowie der Justiz und für Verbraucherschutz haben deshalb eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, in deren Rahmen Prof. Dr. Edgar Löw von der Frankfurt School of Finance and Management eine neue Berechnungsmethode entwickelt hat. Kompensiert werden soll demnach nur der Nachteil, der dem Darlehensgeber durch eine etwaige Verschlechterung des Marktzinses zwischen Vertragsabschluss und Ablösung des Darlehens entsteht. Ein entgangener Gewinn würde aber nicht entschädigt. Auf eine solche Berechnung von Vorfälligkeitsentschädigungen, die von den bisher von der Rechtsprechung anerkannten Methoden abweicht, konnte die Arbeitsgruppe sich jedoch nicht einigen.

Die Marktwächter Finanzen bei der Verbraucherzentrale Bremen haben diese Diskussion zum Anlass für eine Marktanalyse genommen, um die Debatte mit aktuellen empirischen Daten zu un-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

terfüttern. Bei einer entsprechenden Untersuchung aus dem Jahr 2014 kamen die Verbraucherschützer zu dem Schluss, dass die von Banken und Sparkassen berechnete Vorfälligkeitsentschädigung in zwei von drei Fällen zu hoch war.

Für die aktuelle Studie untersuchten die Finanzmarktwächter 733 Fälle aus den Jahren 2017 bis 2019. Dort hatten Anbieter im Durchschnitt knapp über zehn Prozent der noch offenen Restschuld als Vorfälligkeitsentschädigung gefordert, wenn diese ihre Immobilienfinanzierung vor Ende der Zinsbindung zurückzahlen wollten. Für die Berechnung verwendeten Anbieter ausschließlich die vom BGH als zulässig bewertete „Aktiv-Passiv-Methode".

Dennoch kommen die Verbraucherschützer auch in der neuen Studie für 77 Prozent der untersuchten Anbieterberechnungen auf eine niedrigere Entschädigungssumme. Im Durchschnitt lag der von ihnen errechnete Wert um fünf Prozent unter dem des Anbieters. Einen Großteil dieser Abweichungen führt Philipp Rehberg, Teamleiter Immobilienfinanzierung beim Marktwächter Finanzen der Verbraucherzentrale Bremen, darauf zurück, dass die pauschalen Abzüge der Anbieter für entfallende Risiko- und Verwaltungskosten zu niedrig angesetzt seien.

Die Kritik der Verbraucherschützer, dass diese Pauschalen wenig transparent und vom Verbraucher nicht überprüfbar seien, ist sicher nicht unberechtigt. Der Vorwurf zielt in die gleiche Kerbe wie die immer wieder vorgetragene Kritik am Scoring als „Black Box".

Für die Antwort auf die Frage, wie man zu mehr Transparenz kommen kann, setzen die Marktwächter auf die von Prof. Löw entwickelte Methode, die ohne solche Pauschalen auskommt. Bei der Berechnung von 502 Verbraucherfällen nach der Methode Löw und einem Vergleich mit den Berechnungen nach der Aktiv-Passiv-Methode gegenüber, betrug die Entschädigung im Rahmen der Stichprobe durchschnittlich sechs Prozent der Restschuld. Sie war in neun von zehn Fällen und im Durchschnitt um 33 Prozent niedriger als die Entschädigung nach der Aktiv-Passiv-Methode – wenig überraschend, da hier der entgangene Gewinn nicht berücksichtigt wird.

Bei der Deutschen Kreditwirtschaft stößt das naturgemäß auf wenig Gegenliebe. Grundsätzlich sei eine Überprüfung der Berechnungen der Anbieterseite unter Verbraucherschutzgesichtspunkten durchaus positiv anzusehen, heißt es in einer Stellungnahme. Dabei solle es um grundlegende Fehler bei der Berechnung, wie zum Beispiel die fehlende Einbeziehung von Sonder-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

tilgungsrechten aufzuzeigen – nicht zuletzt auch zur Herstellung der Wettbewerbsgleichheit – gehen.

Gegen die Nichtberücksichtigung der Forderung des Darlehensgebers nach dem entgangenen Gewinn – nach der Methode Löw – verwahrt sich die Branche jedoch. Denn dies stehe im Widerspruch zum deutschen Schadenersatzrecht, das dem Geschädigten einen Anspruch auf Ersatz des entgangenen Gewinns zubilligt. Schwierigkeiten bei der Berechnung dürften hier nicht die Anwendung einer Methode rechtfertigen, die den entgangenen Gewinn unberücksichtigt lässt. Nicht ohne Grund konnte sich die Arbeitsgruppe auf eine solche Methode offenbar nicht einigen.

Nach Angaben der Verbraucherzentrale Bremen, die sich in einer Fußnote des Untersuchungsberichts versteckten, ist es auch nach Auffassung von Prof. Löw grundsätzlich möglich, die Gewinnmarge in der von ihm entwickelten Berechnungsmethode zu berücksichtigen – allerdings um den Preis, dass dadurch die Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit der Methode entfiele. Das lässt durchaus die Frage zu, wofür dann eine neue Methode überhaupt gebraucht wird.

Nicht zuletzt widerspricht die DK der immer wieder vorgebrachten Behauptung, die vom BGH anerkannte Praxis der Berechnung der Vorfälligkeitsentschädigung stünde nicht im Einklang mit den Regelungen der Wohnimmobilienkreditrichtlinie. Im Rahmen der Arbeitsgruppe habe das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz ausdrücklich darauf hingewiesen, dass seitens der Europäischen Kommission und des BMJV Einigkeit dahingehend bestand, dass das deutsche System der Vorfälligkeitsentschädigung den Vorgaben der Richtlinie gerecht wird.

Die von den Marktwächtern in der Untersuchung aufgeworfene Frage „Ist das so noch rechtens?" muss demnach wohl ausdrücklich bejaht werden. Der Kritikpunkt der Verbraucherschützer, dass die konkrete Schadensberechnung gesetzlich nicht geregelt ist, sondern vom Gesetzgeber der Rechtsprechung überlassen wurde, scheint gleichwohl nicht unberechtigt. Klare gesetzliche Regelungen wären hier vermutlich hilfreich. Wirklich nachvollziehbar würden die von der Anbieterseite erhobenen Forderungen für den einzelnen Kunden zwar auch dadurch nicht. Sie wären aber besser überprüfbar. Red.

DIGITALISIERUNG

Konsolidierung in den Bankkonzernen

Die Commerzbank will die Comdirect integrieren, Unicredit entwickelt eine gruppenweit einheitliche Banking App und die Deutsche Bank hat angekündigt, künftig mit einem konzernweiten Cloud-basierten Dokumentenmanagementsystem zu arbeiten, das es den auf 27 Länder verteilten Mitarbeitern der Rechtsabteilung ermöglichen soll, über das System auf Dokumente zugreifen zu können. Diese Entscheidungen zeigen, wohin die Reise in Sachen Digitalisierung geht: Mehr Gemeinsamkeiten, weniger parallele Entwicklungen für vergleichbare Services und Prozesse, mehr Einheitlichkeit in der IT. Synergien sind das neue Zauberwort. Die Bankkonzerne setzen in Sachen IT und Entwicklung auf Konsolidierung.

So erhofft sich die Deutsche Bank von der Einführung des Dokumentenmangementsystems Net Documents, zu der im Dezember der Rahmenvertrag unterzeichnet wurde, veraltete, fragmentierte IT-Systeme abzuschalten, um so die IT-Kosten weiter senken zu können.

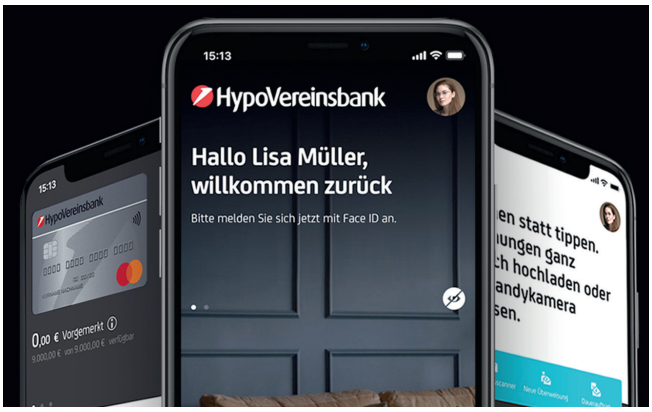
Die Unicredit hat im Dezember die erste gruppenweit entwickelte Banking App vorgestellt, die auch künftig gemeinsam weiterentwickelt werden soll. Nach dem Start in Italien ist sie auch in Deutschland für die Kunden der Hypovereinsbank am Markt.

Auch bei der Unicredit geht es darum, gezielt Synergieeffekte innerhalb der paneuropäischen Gruppe zu nutzen, um so das Angebot laufend weiter verbessern und die Wettbewerbsfähigkeit stärken zu können. Beide Ansätze werden von Europapolitikern, die von einem echten Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen und Anbietern mit einem wirklich grenzüberschreitenden Angebot träumen, mit Wohlgefallen betrachtet. Grenzen überwinden, lautet das Motto.

Ziel der Unicredit es ebenfalls, effizienter zu werden. So konnte nach Angaben der HVB der zeitliche Aufwand für die Vertragserstellung in der Immobilienfinanzierung auf unter zehn Minuten gesenkt werden. Die Eröffnung eines Kontos bei der Hypovereinsbank ist in weniger als 15 Minuten papierlos möglich.

Gleichzeitig positioniert die Hypovereinsbank das digitale Angebot auch als Beitrag zum Klimaschutz. Durch papierlose Abläufe und Angebote verringerte sie ihren Papierverbrauch innerhalb von zehn Jahren um 64 Prozent: Durch eine konsequente Erhöhung des Digitialisierungsgrades will man bis 2023 sowohl bei internen Prozessen als auch in allen Kundenkanälen komplett auf Papier verzichten – auch als Beitrag zum Umweltschutz. Ob der deutlich geringere Papierverbrauch tatsächlich umweltfreundlicher ist als der steigende Energiebedarf durch die Digitalisierung sei einmal dahingestellt. Neuere Studien weisen schließlich auch darauf hin, dass die Digitalisierung aller Lebensbereiche einen nicht unwesentlichen Beitrag zum CO_2-Ausstoß leistet, da die Übertragung immer größerer Datenmengen einen wachsenden Energieeinsatz erfordert, der bei Weitem noch nicht durch umweltfreundliche Technologien gedeckt werden kann.

Ein allzu großer Beitrag zum Umweltschutz ist die Digitalisierung des Bank-



Die erste gruppenweite App der unicredit setzt auf modernes Design und Personalisierung

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

geschäfts somit einstweilen vermutlich noch nicht. Effizienz und damit Wettbewerbsfähigkeit stehen vermutlich im Vordergrund. Umweltschutz lässt sich jedoch besser vermarkten. Red.

PREISPOLITIK

Sparkassen ohne Gratiskonto

Jede zweite Bank oder Sparkasse hat 2019 an der Gebührenschraube gedreht, so das Verbraucherportal Biallo. Am stärksten verteuerten sich demnach die Online-Konten, für die das Portal einen monatlichen Durchschnittspreis von 3,63 Euro (statt 2,73 Euro im Jahr 2018) errechnet hat. Das entspricht einer Preisanhebung von rund einem Drittel. Vermutlich spiegeln sich hier die Kosten wider, die mit der ständigen Weiterentwicklung der digitalen Services verbunden sind. Durch das immer rasantere Innovationstempo scheint sich somit der Effizienzvorsprung der digitalen Konten etwas zu verkürzen.

Wer auch den Filialservice in Anspruch nehmen will, zahlte für sein Girokonto 2019 im Schnitt 4,39 Euro im Monat nach 4,19 Euro 2018. Und Premiumkonten, bei denen Girocard, Buchungen und Bargeldabhebungen im Monatspreis enthalten sind, kosteten 2019 durchschnittlich 9,93 Euro (2018: 9,42 Euro).

Für das Jahr 2020 macht Biallo zumindest für die Sparkassen einen Eckpunkt in der Preispolitik aus: Seit dem 1. Januar 2020 gibt es demnach bundesweit keine Sparkasse mehr mit einem kostenlosen Girokonto. Denn das letzte Institut mit einem Gratisangebot – die Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Höchstadt Herzogenaurach – stellt seit dem Jahreswechsel für ihr „direkt Giro" monatlich 3,95 Euro in Rechnung.

Das Ende des kostenlosen Girokontos in Deutschland ist damit indessen noch immer nicht eingeläutet. Auch 2020 nennt das Portal noch rund 100 regionale und überregionale Banken, die Konten ohne monatliche Grundgebühr anbieten.

Dazu gehören auch zwei Volks- und Raiffeisenbanken, die ihre gebührenfreien Online-Konten nun bundesweit anbieten. Bei der Raiffeisenbank Hochtaunus, die mit der Marke „Meine Bank" auf Kundenfang geht, sind sogar 52 Bargeldabhebungen weltweit mit der kostenlosen Mastercard enthalten. Und auch bei der VR-Bank Bad Salzungen Schmalkalden gibt es weder eine Monatspauschale noch irgendwelche Kosten für Online-Buchungen oder die Girocard.

Die ebenfalls genossenschaftlichen PSD-Banken und Sparda-Banken haben 2019 ihre Kunden weitgehend von Preisanhebungen verschont und halten zumindest zum großen Teil an gebührenfreien Konten fest. Entsprechend dem Selbstverständnis beider Bankengruppen als Direktbanken (was die Spardas noch um den Zusatz „mit Filialen" ergänzen), gilt das allerdings überwiegend nur für Konten, die online oder sogar mobil geführt werden. Die Sparda-Südwest bereitet sogar den Ausstieg aus dem beleghaften Zahlungsverkehr vor: Kunden, die sich bisher Überweisungsvordrucke per Post zusenden ließen, wurden bereits darüber informiert, dass dieser Service demnächst eingestellt wird. Red.

KOOPERATIONEN

Open Banking wird zum Wettbewerbsfaktor

Als erste Bank hat die PSD Bank München eine Vertriebskooperation mit Fairr abgeschlossen, der Altersvorsorge-Tochter des Berliner Fintechs Raisin (Weltsparen). Das Besondere an dieser Meldung ist nicht, dass die Münchner der erste Bankpartner des Fintechs sind. Das lässt sich schließlich von vielen Fintech-Kooperationen sagen, die Kreditinstitute eingehen. Und die Zusammenarbeit erhebt auch keinen Anspruch auf Exklusivität.

Die Vereinbarung zeigt allerdings in aller Deutlichkeit, wohin die Reise geht und wie sehr sich das Verhältnis zwischen Kreditinstituten und Finanz-Startups gewandelt hat: Die Angebote der Letzteren werden nicht mehr länger nur genutzt, Kunden innovative Angebote bieten zu können, ohne in großem Stil Ressourcen in deren Entwicklung investieren zu müssen. Sondern die Kooperationen verhelfen Banken auch dazu, echte Lücken in ihrem Angebotsportfolio schließen zu können.

Am Beispiel der PSD Bank München heißt das: Bislang verfügte die Bank über kein Online-Angebot an Altersvorsorgeprodukten. Für eine Bank, die sich einerseits als Hausbank ihrer Kunden und zugleich als Direktbank versteht, ist das ein echter Nachteil. Denn gerade weil die PSD Banken zwar Beratung anbieten, gleichzeitig jedoch in starkem Maße auf die digitalen Medien setzen, erwarten Kunden vermutlich in allen Bereichen ein digitales Angebot. Wer das nicht vorfindet, der schaut sich mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit anderswo um. Mit dem dürren Verweis auf die persönliche Beratung, den viele Genossenschaftsbanken und Sparkassen beim Thema Altersvorsorge immer noch bieten, können Kreditinstitute heute nicht mehr punkten. Kooperationen werden somit immer mehr zum Wettbewerbsfaktor.

Gleichzeitig machen solche Vereinbarungen auch den bisherigen Partnern Druck. Dass eine Genossenschaftsbank ein Online-Altersvorsorgeangebot in Kooperation mit einem Fintech-Unternehmen und nicht mit einem Partner aus dem genossenschaftlichen Verbund umsetzt, ist ein Signal dafür, dass es in der eigenen Gruppe zu langsam vorangeht. Das haben die PSD-Banken schon an anderen Stellen moniert.

Die Partnerschaft mit Fairr bedeutet sicher nicht, dass R+V und Union an dieser Stelle endgültig aus dem Geschäft sind. Denn das ist ja das Schöne an Open-Banking-Konzepten – dass man das eine tun kann, ohne das andere lassen zu müssen. Im Gegenteil: Eine größere Auswahl für den Kunden rundet das Ökosystem ab und erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass der Kunde über die eigene Website abschließt und nicht zum Wettbewerber wechselt. Nicht umsonst hat auch die DKB kurz vor Weihnachten ein klares Bekenntnis zu Open Banking und einem Innovations-Ökosystem ausgesprochen. Je nach Kundenbedarf will sie im Rahmen ihrer Wachstumsstrategie das Partnernetzwerk mit Fintechs schrittweise erweitern.

Irgendwann wird dabei vermutlich eine Grenze erreicht sein, von der an weitere Angebote und Partner von den Kunden als verwirrend wahrgenommen werden und die Komplexität zu groß wird. Zum beliebigen Bauchladen werden darf ein digitales Ökosystem von Banken nicht.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Bis es dazu kommt, dass aus diesem Grund Angebote auch wieder abgeschnitten oder keine neuen Partner mehr angedockt werden, ist es aber vermutlich noch ein weiter Weg. Dafür halten Fintechs das Innovationstempo viel zu hoch. Red.

DIGITALISIERUNG

Digital Detox im Bankgeschäft?

Rund jeder zehnte Bundesbürger (11 Prozent) hat sich vorgenommen, 2020 zeitweise bewusst auf alle digitalen Medien zu verzichten. Das zeigt eine Umfrage, die Bitkom Research im Auftrag des Digitalverbands Bitkom im November 2019 durchgeführt hat. Dabei wurden 1 003 Bundesbürger ab 16 Jahren telefonisch danach befragt, ob es Tage im Jahr gibt, an denen sie bewusst auf alle digitalen Medien verzichten und nicht für andere via E-Mail, soziale Netzwerke oder Handy erreichbar sind.

In diesem Kontext stellen sich gleich mehrere Fragen: Die erste ist die, ob die Menschen diesen Digitalentzug auch konsequent umsetzen. Darauf gibt die Bitkom-Umfrage eine Antwort. Fast jeder Vierte (24 Prozent) gab an, es mit dem Digital Detox schon einmal versucht, dies jedoch nicht durchgehalten zu haben. 7 Prozent verzichten bewusst regelmäßig für ein paar Stunden darauf, auf Twitter, Facebook oder Instagram zu gehen, zwischendurch eine Nachricht zu schreiben oder durchs Netz zu klicken. Immerhin 16 Prozent haben Digital Detox schon über einen oder mehrere Tage praktiziert.

35 Prozent haben überhaupt kein Interesse daran, auf digitale Medien zu verzichten. Dabei ist diese Einstellung unter den Jüngeren stärker ausgeprägt: 45 Prozent der 16- bis 29-Jährigen wollen immer online bleiben, bei den über 65-Jährigen ist es immer noch jeder Vierte (24 Prozent).

Nicht aus der Erhebung ablesbar ist die Frage, was genau Digital Detox konkret beinhaltet: Geht es nur um soziale Kontakte und Medienkonsum – oder auch um Dinge wie Bankgeschäfte? Werden die an digitalfreien Tagen einfach aufgeschoben? Wird für sie eine Ausnahme gemacht? Oder greifen die Menschen dann für Überweisungen oder auch Bezahlvorgänge wieder aufs Altbewährte zurück? Fällt Mobile Payment unter „Digital Detox"?

Das sind Fragen, die angesichts von gerade einmal 11 Prozent der Verbraucher, die bewusst eine Weile auf digitale Medien verzichten wollen, vielleicht noch vernachlässigbar sind. Wenn diese Quote in den nächsten Jahren ansteigen sollte, könnte das anders aussehen. Dramatisch wird dieser Anstieg vermutlich nicht sein. So hat die in der Klimadiskussion um sich greifende „Flugscham" nicht zu einem Rückgang des Flugverkehrs geführt. Und der Kaufrausch der Verbraucher im Bereich Textilien sowie der E-Commerce sind trotz der Diskussion um die damit verbundenen Umweltschädigungen ungebrochen.

Es ist somit eher unwahrscheinlich, dass die Nutzung digitaler Banking-Services dadurch zurückgeworfen wird, dass mittlerweile immer häufiger über die klimaschädlichen Folgen der Digitalisierung, vor allem über den enormen Energieverbrauch des rasant zunehmenden Datenverkehrs, gesprochen wird. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass ein Teil der bisherigen Online-Banking-Verweigerer in dieser Diskussion neue Argumente findet oder dass echte Klimaschützer, die ihr eigenes Verhalten an den erhobenen Forderungen messen, künftig vielleicht doch wieder die Filiale aufsuchen werden, um ihre Bankgeschäfte vor Ort anstatt auf dem Smartphone zu erledigen. Diese Entwicklung gilt es im Auge zu behalten.

Vor allem aber kann „Digital Detox" die Kundenkommunikation und das Marketing beeinflussen. Denn wer wirklich für eine Weile onlineabstinent ist, den erreichen Banken zum Beispiel auch mit Social-Media-Kampagnen nicht. Red.

INSOLVENZEN

Ende einer guten Dekade

Die Zehner-Dekade des 21. Jahrhunderts war in Deutschland von einem Rückgang der Unternehmensinsolvenzen geprägt. Mit Beginn der zwanziger Jahre dürfte dieser Trend zu Ende gehen. Mit 19 400 Unternehmensinsolvenzen lag deren Zahl zwar auf dem niedrigsten Niveau der letzten 25 Jahre. Der Rückgang gegenüber 2018 betrug jedoch lediglich 10 Fälle beziehungsweise 0,1 Prozent. Die deutliche Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zeigt also Folgen. Bei den privaten Verbrauchern war die Entwicklung vergleichbar. Bei den Privatinsolvenzen wurde 2018 mit 65 700 Fällen die niedrigste Fallzahl seit 15 Jahren erfasst. Auch dort schwächte sich jedoch der in den Vorjahren zu beobachtende Rückgang der Insolvenzen deutlich ab: Er belief sich 2017 noch auf 6,9 Prozent, 2018 wurden um 5,9 Prozent weniger Fälle gezählt, 2019 betrug der Rückgang nur noch 3,0 Prozent.

Angesichts der immer noch rückläufigen Zahlen warnt Creditreform: Diese positive Entwicklung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Deutschland fast sieben Millionen Erwachsene als überschuldet gelten – jeder zehnte Einwohner ab 18 Jahre, wie der Schuldneratlas Deutschland zeigt. In der Mehrzahl weisen die überschuldeten Personen eine hohe Überschuldungsintensität auf – beispielsweise mit gerichtlichen Negativeinträgen. Eine weitere und anhaltende Konjunkturabschwächung mit einem Übergreifen auf den Arbeitsmarkt dürfte die Zahl der Verbraucherinsolvenzen deshalb perspektivisch wieder steigen lassen.

Schon vor einem Jahr war mit Blick auf die private Überschuldung von einer zunehmenden Tendenz zu unwirtschaftlichem Verhalten gewarnt worden. Daran hat sich auch 2019 nichts geändert. Wer nicht in Aktien und Fonds investieren möchte, für den ist Sparen derzeit schlechthin unattraktiv. Das zeigt auch das Sparklima (siehe Seite 5).

Mehr zu sparen, steht denn auch in der Liste der guten Vorsätze für das neue Jahr, wie sie sich aus einer Umfrage von Weltsparen ergeben, nur an dritter Stelle. Lediglich jeder Zehnte hat sich vorgenommen, mehr zu sparen – obwohl gleichzeitig 45,8 Prozent der Befragten angaben, nicht genug Geld zu sparen. Unter den Selbstständigen gilt das sogar für mehr als die Hälfte.

Gleichzeitig hat mehr als jeder fünfte Arbeitnehmer, etwa jeder zehnte Selbstständige und mehr als jeder vierte Arbeitslose oder nicht Erwerbstätige 2019 mindestens einen Kredit aufgenommen. Unter den Rentnern waren es 8,1 Prozent. Damit bleibt die Kreditaufnahme

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

unter Ruheständlern zwar hinter dem Rest der Bevölkerung zurück. Angesichts des vom Schuldneratlas Deutschland von Creditreform ausgewiesenen Anstiegs der „Altersüberschuldung" stimmt freilich auch dies bedenklich. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der verschuldeten Rentner über 70 Jahre im Jahr 2019 mit zusätzlichen 118 000 Fällen auf insgesamt 381 000 Menschen um fast die Hälfte angestiegen (plus 45 Prozent). Generell warnt Creditreform, der langjährige Konjunkturboom in Deutschland habe offensichtlich nicht dazu beigetragen, dass die Armutsgefährdungs- und Überschuldungsquoten zurückgegangen sind.

In der Konsequenz muss es darum gehen, die Menschen wieder verstärkt zum Sparen zu animieren. Das können Banken und Sparkassen nicht allein. Sondern es bedarf auch einer verstärkten Sparförderung seitens der Politik. Leistungen für Geringverdiener anzuheben und im Überschuldungsfall die Restschuldbefreiung zu erleichtern, kuriert nicht das Problem, sondern behandelt nur das Symptom. Und das Warten auf einen Wiederanstieg der Zinsen, um Sparen im Wettbewerb mit Konsum wieder attraktiv zu machen, wird ebenfalls immer untragbarer. Red.

KREDITGESCHÄFT

Licht und Schatten

Die deutschen Banken und Sparkassen schaffen es, die Auswirkungen der Niedrigzinspolitik der EZB einigermaßen in Grenzen zu halten. Zu verdanken ist das vor allem den Bemühungen im Kreditgeschäft. So stieg das bundesweite Kreditvolumen im ersten Halbjahr 2019 einer Untersuchung von Bain & Company zufolge im Vergleich zum Vorjahr um 6 Prozent auf den historischen Rekordwert von 1,2 Billionen Euro. Damit ist spürbar Fahrt in die Kreditvergabe gekommen, denn zwischen 2013 und 2018 lag die durchschnittliche Wachstumsrate bei jährlich nur etwa 3 Prozent. Vor allem Sparkassen und private Kreditbanken bauen ihre Marktposition aus.

Es gibt aber auch eine Kehrseite. So führt der Verdrängungswettbewerb dazu, dass es den Instituten in den ersten sechs Monaten des abgelaufenen Geschäftsjahres erstmals seit der Finanzkrise nicht gelungen ist, ihre Eigenkapitalkosten von derzeit 7 bis 10 Prozent zu verdienen. Kundenbeziehungen lassen sich unter diesen Bedingungen kaum noch nachhaltig profitabel gestalten. Während die Erträge auf niedrigem Niveau verharren, gab die Profitabilität zuletzt deutlich nach – die Kreditmarge bewegt sich nahe den historischen Tiefstständen des Jahres 2008. Bain fürchtet, dass die Branche an einem Punkt angekommen ist, an dem sie im Firmenkundengeschäft Geld zu verbrennen beginnt. Red.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH